

Aus allen Rohren

Die Tradition der deutsch-russischen Energiegeschäfte reicht schon mehr als ein halbes Jahrhundert zurück



„Du gehst pleite, Adenauer!“, pinselten 1963 ukrainische Arbeiter auf Gasröhren, um gegen das (später aufgehobene) deutsche Handelsembargo zu protestieren. Foto: United Press

von Gregor Schöllgen

Die deutsche Außenpolitik hat ein altes Thema neu entdeckt. „Annäherung durch Verflechtung“ lautet die Parole für die nächste Runde in den deutsch-russischen Beziehungen, und die wiederum ist auch eine Etappe im internationalen Wettlauf um Öl und Gas. Solange die Europäer nicht zu einer gemeinsamen Energiestrategie finden, und weil Rußland – nach dem Motto „Teile und herrsche!“ – ohnehin Einzelverträge bevorzugt, muss Deutschland sehen, wo es bleibt.

Historisch gesehen stehen die Chancen für erfolgreiche Abschlüsse nicht schlecht: Seit fast einem halben Jahrhundert sind Deutsche und Russen hier im Geschäft, mit der Lieferung von Rohren, Öl und Gas wie mit dem Bau transkontinentaler Leitungen. Schon seit Ende der fünfziger Jahre lieferten deutsche Firmen in beträchtlichem Umfang sogenannte Großrohre in die Sowjetunion. Nicht einmal der Berliner Mauerbau tat dem Geschäft Abbruch. Erst die drastischen Reaktionen der USA auf die Kuba-Krise des Herbstes 1962 führten zum sogenannten Röhrenembargo.

Allerdings war das Thema damit nicht vom Tisch. In Bonn war man sich bewusst, dass die niederländischen Gasvorräte, damals die mit Abstand wichtigste Quelle, irgendwann nicht mehr reichen würden, und auch Moskau war angesichts seines eigenen Auf- und Nachholbedarfs im Gütersektor an der Fortsetzung der Beziehungen interessiert. So rückte, nicht zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte, der Gedanke an eine deutsch-russische Spezialpartnerschaft ins Blickfeld. Gelänge sie, prophezeite der sowjetische Ministerpräsident Alexej N. Kossygin im Sommer 1969, „käme dies einer Revolution gleich“. Denn man „habe dann etwas erreicht, was nicht einmal den USA gelungen sei“.

Um die Jahreswende 1969/70 fand diese „Revolution“ statt. Das lag auch am Regierungswechsel in Bonn, wo Ende Oktober 1969 Willy Brandt als erster Sozialdemokrat das Bundeskanzleramt bezogen hatte. Schon am 1. Februar 1970 wurden jene drei Verträge unterzeichnet, die als das erste von fünf sogenannten Erdgas-Röhren-Geschäften in die Geschich-

te eingegangen sind. Alle fünf wurden übrigens in den Amtszeiten der sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder vereinbart.

Der erste der drei Verträge sah die Lieferung von jährlich drei Milliarden Kubikmetern sowjetischen Erdgases an die Ruhrgas AG vor, und zwar 1973 beginnend und auf 20 Jahre. Im zweiten verpflichtete sich die Sowjetunion zum Kauf von 1,2 Million Tonnen Rohre bei der Mannesmann Export GmbH, also der Exportgesellschaft der Mannesmannröhren-Werke GmbH, in die zum 1. Januar 1970 die Rohrfertigung und die Rohrver-

Gerade im Kalten Krieg hielt der Wärmetransport die Kontakte aufrecht.

legung von Thyssen aufgegangen war. In einem dritten Abkommen gewährte ein bundesdeutsches Konsortium unter Führung der Deutschen Bank AG der sowjetischen Außenhandelsbank für den Kauf dieser Rohre einen gebundenen Finanzkredit in Höhe von 1,2 Milliarden D-Mark, der zur Hälfte durch eine staatliche Hermes-Bürgschaft gedeckt war.

Vor allem die Sowjetunion hatte ihre Freude an dem Geschäft, schon wegen der ungewöhnlich günstigen Kreditkonditionen. Kein Wunder, dass sie sich an einem raschen Ausbau interessiert zeigte. So wurde bereits am 6. Juli 1972 – in Düsseldorf und im Wesentlichen durch dieselben Partner – das zweite Vertragspaket unter Dach und Fach gebracht. Es sah unter anderem die Aufstockung des jährlichen Imports auf nunmehr rund sieben Milliarden Kubikmeter Erdgas vor. Nicht dass damit in der Welt der deutsch-sowjetischen Beziehungen eitler Sonnenschein geherrscht hätte; dafür gab es auch in dieser Phase des Kalten Krieges zu viele schwer oder gar nicht lösbare Probleme, wie zum Beispiel die Frage der Einbeziehung West-Berlins in die diversen Abkommen. Aber gerade weil diese vorderhand nicht lösbar waren, also umgangen werden mussten, und weil die weltpolitische Entwicklung andere, drängende Probleme aufwarf, blieben die deutsch-sowjetischen Beziehungen in Bewegung.

Ausgelöst durch den Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn, begann Mitte Oktober 1973 die erste Ölkrise der Geschichte Konturen anzunehmen. Dabei handelte es sich vor allem um ein psychologisches Phänomen. Das Öl wurde nicht wirklich

knapp, aber die Benzinpreise stiegen spürbar an, und dass die deutschen Autofahrer zum Jahresende 1973 an vier Sonntagen vorsichtshalber auf die Benutzung ihrer Fahrzeuge verzichten mussten, hinterließ tiefe Spuren.

Hier beginnt die zweite, die eigentliche Geschichte der deutsch-sowjetischen Energiegeschäfte. Sie waren – und sind – geprägt von der krisenhaften Entwicklung der Weltpolitik. So auch das dritte Erdgas-Röhren-Geschäft, das in die Amtszeit Helmut Schmidts fiel und am 29. Oktober 1974 unterzeichnet wurde. Es sah, neben einem weiteren Kredit, Lieferungen von fast einer Million Tonnen Großrohre an die Sowjetunion vor, die sich ihrerseits bis Ende 2000 zur Lieferung von insgesamt 9,5 Milliarden Kubikmetern Gas jährlich verpflichtete.

Auf den ersten Blick erstaunt die Zurückhaltung der westlichen Partner Bonns gegenüber den innigen deutsch-russischen Geschäftsverbindungen der Jahre 1970 bis 1974. Tatsächlich fügten sich diese aber gut in die politische Landschaft der Zeit, und die wurde von der alles andere überragenden Absicht der USA überschattet, den Rückzug aus Vietnam so rasch und gesichtswahrend wie möglich über die Bühne zu bringen. Gelingen konnte das nur, wenn die Sowjetunion stillhielt und die schwierige Lage nicht zu Lasten der Vereinigten Staaten ausnutzte.

So gesehen kam die überfällige Neuorientierung der Bonner Ostpolitik, also die endgültige Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Verhältnisse in Europa, der amerikanischen Administration wie gerufen. Davon abgesehen hielt sich der Anteil der sowjetischen Gaslieferung am gesamten Energieträgerimport der Bundesrepublik einstweilen noch in überschaubaren Grenzen.

Das aber änderte sich Ende der siebziger Jahre. Ausgelöst durch die Doppelkrise im Mittleren Osten, die mit der Flucht des Schahs aus Persien im Januar 1979 begann und mit dem Einmarsch sowjetischer Streitkräfte in Afghanistan im Dezember des Jahres einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, verteuerte sich der Ölimport in die Bundesrepublik 1979 und 1980 um jährlich etwa 45 Prozent.

Vor dem Hintergrund dieser zweiten Ölkrise verhandelten Deutsche und Sowjets über ihr viertes Erdgas-Röhrengeschäft. Der neue, am 20. November 1981 unterzeichnete Vertrag sah vor, dass die Sowjetunion, Mitte der achtziger Jahre beginnend, ihre jährlichen Lieferungen auf dann insgesamt 20 Milliarden Kubikmeter verdoppelte – und das auf 25 Jah-

re. Das Gas sollte durch eine zweite, noch zu bauende Pipeline über 5000 Kilometer von der westsibirischen Halbinsel Jamal bis in die Nähe von Waidhausen an der Grenze zur Tschechoslowakei geleitet werden.

Damit wuchs der Anteil der sowjetischen Lieferungen am bundesdeutschen Gesamtimport im Laufe der achtziger Jahre auf gut 30 Prozent an. Aber nicht nur deshalb besaß dieser Vertrag eine neue Qualität. Schon im Oktober 1974 hatte Breschnew anlässlich eines Besuchs von Kanzler Schmidt von der sowjetischen Bereitschaft gesprochen, unter anderem bei der „Erschließung der Naturschätze über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinauszugehen“ und Dritte zur „Verwirklichung der gemeinsamen Projekte einzuladen“.

Tatsächlich war das vierte deutsch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft zugleich Teil einer Übereinkunft, den der europäischen Gasverbund mit der Sowjetunion schloss. Es sah Gaslieferungen von insgesamt 40 Milliarden Kubikmetern jährlich an sieben westeuropäische Länder vor, darunter jeweils etwa acht Milliarden an Frankreich und Italien. Ein Großteil der Rohre im Wert von rund fünf Milliarden D-Mark und der 41 Kompressorenanlagen sollten von deutschen Firmen auf Kredit und gegen spätere Bezahlung in Erdgas geliefert werden.

Das Geschäft von bisher beispiellosen Dimensionen hatte viele Freunde, vor allem in Europa, und einen Gegner: die USA und dort namentlich ihren seit Januar 1981 amtierenden Präsidenten Ronald Reagan. Weil sich der Republikaner damals noch auf einem Kreuzzug gegen die

Reagan versuchte, den Transfer von Pipeline-Technologie zu verhindern

Sowjetunion befand, wollte er gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen, wollte den Transfer westlicher Technologie in die Sowjetunion unterbinden, den mit dem Gasgeschäft verbundenen erheblichen Anstieg der sowjetischen Deviseneinnahmen verhindern und nicht zuletzt einer Abhängigkeit und damit Erpressbarkeit Westeuropas durch Moskau vorbeugen. Also verhängte der Präsident im Dezember 1981 ein Exportverbot unter anderem für Rohrverlegemaschinen und Kompressoren.

Dass Reagan die Maßnahmen ein Jahr später, Mitte November 1982, wieder zurücknahm, lag am unerwarteten Widerstand, auf den seine Sanktionen in

Europa trafen. Der amerikanische Präsident brachte zustande, was unter anderen Umständen schwer vorstellbar gewesen wäre: einen Schulterchluss der britischen Premierministerin Margaret Thatcher mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Schmidt.

So hatten die Vereinigten Staaten ungewollt einen nicht unbeträchtlichen Anteil daran, dass Westeuropa und die Sowjetunion einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik taten. Dass dieser Weg selbst durch den Zerfall des Sowjetimperiums nicht beendet wurde, ist bemerkenswert, aber nicht überraschend. Russland braucht die wachsenden Einnahmen aus den Gas- und Ölexporten, um nach dem Totalbankrott der sowjetischen Planwirtschaft auf die Füße zu kommen; und

Eine neue Runde im Gas-Wettlauf: Es geht um den direkten Kundenzugang.

Europa ist künftig umso stärker auf die russischen Energieimporte angewiesen, je weniger die eigenen, insbesondere die britischen, norwegischen und niederländischen Quellen hergeben, je größer die politische Anfälligkeit klassischer Lieferländer des Nahen und Mittleren Ostens wird, und je entschiedener sich alte und neue Konkurrenten wie Indien und China in Position bringen.

Vor diesem Hintergrund bekamen auch die deutsch-beziehungsweise europäisch-russischen Gasgeschäfte seit Anfang der neunziger Jahre eine neue Qualität und Dimension. Bis dahin hatte die Sowjetunion das Gas an die Grenze der Bundesrepublik geliefert. Von dort aus brachten es die deutschen Ferngasunternehmen auf den Markt. Mit dem Ende des Kalten Krieges begannen sich die russischen Interessen zu ändern. Jetzt rückten die Netze und damit der direkte Zugang zu den Kunden in den Vordergrund.

Das führte zu einer neuen Runde des Wettlaufs – dieses Mal vor allem zwischen den um das russische Gas konkurrierenden deutschen Unternehmen. Die sich in dieser Zeit zum Staatskonzern formierende Gazprom wusste ihre Schlüsselrolle zu nutzen, vereinbarte bereits 1990 mit der BASF-Tochter Wintershall AG eine Zusammenarbeit beim Verkauf des gefragten Rohstoffes in Deutschland und setzte damit den Stammkunden Ruhrgas erfolgreich unter Druck. Um nicht den Anschluss zu verlieren, ließ sich auch Ruhrgas – seit März 2003 eine hundertprozentige Tochter des Eon-Konzerns – auf Verhandlungen über einen Zugang von Gazprom zum europäischen Gas- und Strombetrieb, in diesem Falle zum ungarischen Netz ein. Im Gegenzug sicherte sich Eon, was BASF schon besaß: eine Beteiligung am westsibirischen Gasfeld Yushno Russkoje.

Von diesen Irritationen nahezu unbelligt blieb die Zusammenarbeit bei der sogenannten Ostsee-Pipeline. Diese dritte Pipelineanbindung Deutschlands und damit Westeuropas war seit den neunziger Jahren als mögliche Erweiterung des seit 1985 stagnierenden russischen Pipelinetzes im Gespräch. Im Dezember 2000 hatte die EU dem Projekt den Status eines Transeuropäischen Netzwerkes verliehen und ihm 2002 im Energiedialog mit Russland Priorität eingeräumt.

Am 8. Juli 2004 gaben Eon und Gazprom anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Gerhard Schröder in Moskau bekannt, gemeinsam eine neue, vom russischen Vyborg bis Greifswald führende Leitung, die North European Gas pipeline (NEP), finanzieren zu wollen. Angesichts der auf bis zu 2,5 Milliarden Euro geschätzten Baukosten allein für den ersten der beiden Stränge lag es nahe, die Aktivitäten von BASF und Eon einerseits und Gazprom andererseits zu koordinieren. Am 8. September 2005 wurde von den dreien in Berlin eine Grundsatzvereinbarung über den Bau der NEGP unterzeichnet und die Gründung der North European Gas Pipeline Company beschlossen, an der sich Gazprom mit 51 und die beiden deutschen Partner mit jeweils 24,5 Prozent beteiligen wollten.

Ende März 2006 wählte der achtköpfige Aktionärsausschuss der Betreibergesellschaft in seiner konstituierenden Moskauer Sitzung Gerhard Schröder, einen von vier Vertretern der russischen Seite, zu seinem Vorsitzenden. Dass die daraufhin einsetzende Kritik an Schröder so bald verstummte, überrascht nicht: Die Ära der „Annäherung durch Verflechtung“ hat eben schon vor einem halben Jahrhundert begonnen.

Gregor Schöllgen lehrt Neuere Geschichte an der Universität Erlangen.